UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
OCT 19 1936
LIBRARY

Erste Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 28. September	Nr. 1260

„Die deutsche Währung wird unter keinen Umständen abgewertet!"

Königs Wusterhausen, 27. September. Auf einer Führertagung der SA.-Gruppe Berlin-Brandenburg gab am Sonntag Staatssekretär SA.-Gruppenführer **Reinhardt** in einem Vortrag einen Einblick in die Finanzpolitik der Regierung des Dritten Reiches und zeigte dabei die Pflichten auf, die jeder einzelne bis zum restlosen Gelingen der vom Führer gestellten Aufgaben zu erfüllen hat.

Eine der ersten großen Aufgaben, so führte der Staatssekretär aus, die der Führer gestellt hatte, war die Verminderung der Arbeitslosigkeit; sie war die elementare Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft, zur Festigung der Volksgemeinschaft und schließlich die ideelle und materielle Voraussetzung einer starken Wehrmacht.

Der Staatssekretär setzte den SA.-Führern auseinander, wie und weshalb die Spitzengeist durch ihre sogenannten Notverordnungen, die angeblich die Sanierung der Wirtschaft und Finanzen bringen sollten, zum Scheitern und zum Mißerfolg verurteilt worden war, weil sie das Grundübel — die Arbeitslosigkeit — nicht beseitigen konnten.

„Die Regierung Adolf Hitlers hat 1933 deshalb sofort Gesetze und Verordnungen erlassen, die abgestimmt waren auf eine Erhöhung und Nachfrage nach Gütern und Leistungen, die wiederum eine Erhöhung des Beschäftigtenstandes und der Umsätze zur Folge hatten. Damit erreichte man ein erhöhtes Aufkommen an Steuern und Abgaben und legte so den Grund — nachdem die Arbeitslosigkeit stetig abnahm — zur Gesundung der Finanzpolitik."

Staatssekretär Reinhardt ging dann auf die einzelnen Abschnitte des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein, das nicht nur der Wirtschaft einen ruckartigen Aufschwung gab, sondern auch durch verschiedene Maßnahmen einen sozialen Ausgleich für die Minderbemittelten brachte.

„Schon heute ist die Erfüllung des ersten Vierjahrplanes des Führers Wirklichkeit geworden, mit der man erst eigentlich im Frühjahr 1937 rechnete. Heute haben wir nur noch rein statistisch eine Million Arbeitslose, von denen allerdings 500 000 nur zeitweilig ohne Beschäftigung und im freien Spiel des Kräfteaustausches zur Deckung geradezu notwendig sind. In verschieden gelagerten Berufen hat Deutschland sogar schon einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften. Die anderen 500 000 sind Kräfte, die man eigentlich als nicht mehr voll einsatzfähig ansehen kann. Man kann also heute praktisch in Deutschland kaum noch von einer Arbeitslosigkeit sprechen, da man mit einem gewissen Prozentsatz Nichtbeschäftigter rechnen muß.

„Deutlicher spricht noch die Statistik über den Zugang an Beschäftigten, die seit 1933 rund 6 Millionen verzeichnet. Aber selbst ein internationales Forum muß heute dem Nationalsozialismus bescheinigen, daß der beschrittene Weg der einzig richtige war und bleibt.

„Die Zahl der Arbeitslosen der Welt wurde — Rußland nicht mitgerechnet — 1932 auf 26 Millionen geschätzt; heute verzeichnet man ungefähr 19 Millionen Arbeitslose in der Welt. Von den sieben Millionen wieder in den Arbeitsprozeß Eingeschalteten haben allein 5 Millionen in Deutschland Arbeit gefunden! Diese Erfolge waren aber nur möglich durch die Ablösung des Parteienstaates durch eine weltschtige Politik Adolf Hitlers.

„Aber nicht nur die Wirtschaft gesundete in diesen drei Jahren, sondern auch die öffentlichen Finanzen. Man braucht sich weder im Inlande noch gar im Auslande den Kopf zu zerbrechen, wie Deutschland z. B. die Aufrüstung finanziert haben muß, nur in den Statistiken zu lesen lernen. Das Steueraufkommen stieg 1934, also nach einem Jahr nationalsozialistischer Staatsführung, erhöhte sich um 1,2 Milliarden, 1935 um 2,6 Milliarden und 1936 hofft man sogar rund 5 Milliarden Steuern mehr einzunehmen, als 1933. Dabei muß aber immer wieder betont werden, daß keine Steuererhöhung während dieser Zeit erfolgte, daß sogar teilweise erhebliche Ermäßigungen gewährt wurden."

Der Staatssekretär erwähnte dann noch, daß ein Ziel des Finanzministeriums Herstellung und Wahrung der steuerlichen Gleichmäßigkeit sei. Mit diesen Mehreinnahmen an Steuern wurden die Vorbelastungen aus den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen getilgt, die Fehlbeträge aus früheren Jahren abgedeckt und die Mittel zur Durchführung der großen nationalen Aufgaben zur Verfügung gestellt. Die allen sichtbar werdenden Leistungen der nationalsozialistischen Regierung seien restlos aus den Mitteln des ordentlichen Haushalts finanziert worden.

Nur für vorübergehend sei die schwebende Schuld des Reiches nur einen im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nur unbedeutenden Betrag erhöht worden. Außerdem seien diese Summen im Weg der Anleihen beschafft worden. Die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen und die Abdeckung kurzfristiger und mittelfristiger Schulden sei aus den Mehraufkommen an Steuern ohne Schwierigkeit gewährleistet. Staatssekretär Reinhardt betonte, daß nach seiner Meinung die Höhe der wirtschaftlichen und finanziellen Aufwärtsentwicklung des Neuen Deutschland noch lange nicht erreicht sei, und daß er mit einer weiteren erheblichen Steigerung des Steueraufkommens in den Jahren 1937 und 1938 rechne, die sich aus der weiteren bedeutenden Belebung der deutschen Wirtschaft ergeben werde.

Staatssekretär Reinhardt nahm dann noch Stellung zu den Abwertungsmaßnahmen der französischen Regierung und ihren Folgen.

„Die deutsche Währung ist stabil; sie wird unter keinen Umständen abgewertet. In Deutschland denkt niemand an verantwortlicher Stelle an Währungsexperimente, und es wird hier nichts geschehen, was das große Aufbauwerk Adolf Hitlers erschüttern könnte."

Der in diesem Jahr vom Führer aufgestellte neue Vierjahrplan werde mit seinen Ergebnissen die ganze Welt in Staunen versetzen. Schon jetzt habe man z. B. die Flachserzeugung von 15 000 Tonnen im Jahr auf 40 000 Tonnen erhöht, die Wollerzeugung von 5 v. H. des Gesamtbedarfs im Jahre 1933 auf rund 20 v. H. heute erhöht.

„Während man im Jahre 1935 16 Millionen kg Zellwolle herstellte, steigt die Leistung in diesem Jahr auf 40 bis 50 Millionen kg, die im nächsten Jahre von den jetzt bestehenden industriellen Einrichtungen sogar auf 70 bis 80 Millionen kg gesteigert werden kann und soll."

Diese gewaltige Anstrengung des deutschen Volkes werde in den kommenden vier Jahren noch ganz andere Ergebnisse aufweisen können. Staatssekretär Reinhardt schloß mit dem Hinweis, daß Deutschland voller Zuversicht der Zukunft entgegensehen kann, wenn alle Volksgenossen und -genossinnen im Rahmen der vom Führer gestellten Aufgaben ihre Pflicht erfüllen.

Die deutsch-niederländischen Verhandlungen in Hamburg.

Hamburg, 27. September. Die deutsche und die niederländische Delegation, die seit dem 17. September in Hamburg über die Verlängerung des Ende dieses Jahres ablaufenden Verrechnungsabkommens vom 5. Dezember 1934 verhandelt haben, kehrten am Sonntag nach Berlin bezw. nach Dem Haag zurück, nachdem sie den ersten Abschnitt dieser Besprechungen programmgemäß beendet haben. Die Verhandlungen werden, sobald wie möglich, an einem anderen Ort fortgeführt werden.

Studienfahrt des deutschen Jugendfunks nach Amerika.

Berlin, 26. September. Am Sonnabend trat eine Gruppe junger Funktechniker des Rundfunkamtes der Reichsjugendführung, junger Mitarbeiter des Jugendfunks eine Studienfahrt nach den Vereinigten Staaten an. Die Leitung liegt in Händen von Obergebietsführer Cerff, dem Beauftragten des Reichsjugendführers in der Reichsrundfunkleitung. Zweck dieser Studienfahrt sind Besprechungen, die das Zustandekommen von Jugend-Austausch-Sendungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ermöglichen sollen. Weiterhin werden die Teilnehmer dieser Studienfahrt die Schulung des amerikanischen Rundfunk-Nachwuchses, die seit einiger Zeit in Form von Radioschulen systematisch betrieben wird, kennen lernen und auch in die technische Entwicklung des amerikanischen Rundfunks Einblick gewinnen.

Die deutschen Schriftleiter bei Stojadinowitsch.

Belgrad, 26. September. Am Sonnabend ist die in Jugoslavien weilende Abordnung deutscher Schriftleiter, die am Vormittag die letzte Ruhestätte König Alexanders in Oplenac besucht hatte, vom Ministerpräsidenten und Außenminister Stojadinowitsch empfangen worden. Der Ministerpräsident unterhielt sich in freundschaftlichster Weise mit den deutschen Pressevertretern über die Deutschland und Jugoslavien betreffenden wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

Mittags waren die Deutschen Gäste des Bürgermeisters von Belgrad Jlitsch, der sie im Namen der Stadt herzlich begrüßte. Der Bürgermeister schloß seine Ausführungen, in denen er die Verantwortung betonte, die der Presse bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern zukomme, mit einem von seinen Landsleuten lebhaft aufgenommenen „Heil Hitler".

Regierungsrat Badegrube dankte für die überaus großzügige Aufnahme, die die deutschen Schriftleiter in Belgrad gefunden haben, und verwies auf den starken Eindruck, den die jugoslawische Hauptstadt in ihrem entschlossenen Emporstreben auf allen Gebieten auf die deutschen Besucher gemacht hat; er erhob sein Glas auf das Wohl König Peters, des jugoslawischen Volkes und der Stadt Belgrad.

Der Einladung waren neben führenden jugoslawischen Persönlichkeiten, darunter Pressechef Lukowitsch, von deutscher Seite auch der deutsche Geschäftsträger und die Vertreter der Landesgruppe der NSDAP. gefolgt, die bereits am Freitag ihre deutschen Landsleute beim Besuch auf dem deutschen Heldenfriedhof begleitet hatten.

Der Nachmittag war mit Besichtigungen und einem Tee-Empfang in den Räumen der Jugoslawisch-Deutschen Gesellschaft ausgefüllt. Im Hause der Zentrale der serbischen landwirtschaftlichen Genossenschaften begrüßte Staatsminister Djordjevitsch die deutschen Gäste in einer Ansprache, die besonders den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslavien würdigte.

Der hiesige Jugoslawische Presseverband hatte es sich nicht nehmen lassen, die deutschen Kollegen ebenfalls zu Gast zu bitten und zwar hatte er dafür zum Zeichen besonderer Aufmerksamkeit ein in der Nähe Belgrads gelegenes deutsches Gasthaus gewählt.

Die Auffassung Polens zum Pariser Währungsabkommen.

Warschau, 26. September. Das Währungsabkommen zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten und die Ankündigung der Frankenabwertung haben auch in Warschau allerstärkes Aufsehen erregt. Eine Rückwirkung auf die Börse ist bisher aus dem Grunde nicht zu bemerken, weil diese Sonnabends geschlossen ist. Außerdem schließt die hiesige Finanzwelt wegen der jüdischen Feiertage keine Transaktionen ab. Die Banken haben vorläufig Valutaabschlüsse vermieden und warten auf eine Klärung der Lage. Auch die Bank von Polen hat heute keine fremden Valuten und vor allem keine französischen Franken gehandelt.

Die Auffassung der maßgeblichen Wirtschaftskreise geht vorerst dahin, daß die Abwertung des Franken auf die Lage der Bank von Polen keinen unmittelbaren Einfluß ausübt. Die Bank von Polen besitzt keine größeren Vorräte an Franken, so daß ein Einfluß auf den polnischen Zloty nicht zu befürchten ist. In einigen Wirtschaftskreisen erwartet man, daß Frankreich den abgewerteten Franken auch den ausländischen Verpflichtungen zugrunde legen wird, so daß die polnischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich nach dem neuen Kurs zurückzuzahlen wären. Weiter wird in maßgeblichen Kreisen darauf hingewiesen, daß noch keine genauen Texte der französischen Verordnungen und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen vorliegen. Die Lage werde sich erst überlehen lassen, wenn die Beschlüsse des französischen Parlaments bekannt seien.

Zustimmung Belgiens zum Pariser Währungsabkommen.

Paris, 26. September. Belgien hat seine Zustimmung zum französisch-englisch-amerikanischen Währungsabkommen gegeben. Finanzminister Vincent Auriol gab seiner Freude über den belgischen Schritt und der Hoffnung Ausdruck, daß weitere Nationen diesem Beispiel folgen werden.

Eine Erklärung Blums zur Franken-Abwertung.

Paris, 26. September. Ministerpräsident **Blum** gab am Sonnabend den Vertretern der Presse eine Erklärung ab. Er betonte, daß er die Presse an Stelle des Finanzministers empfange, der sich ein wenig erhole. Die Notwendigkeit der gleichzeitigen Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung in England, den Vereinigten Staaten und Frankreich habe es mit sich gebracht, daß die französische Presse von ihr erst spät Kenntnis erhalten habe. Ihre Bedeutung sei nicht von allen Blättern so hervorgehoben worden, wie sie es verdiene. Die gleichzeitige Veröffentlichung in London, Washington und Paris des gleichen Schriftstückes sei ein beachtliches Ereignis.

Zum ersten Mal in der Geschichte der drei Großmächte hätten diese der öffentlichen Meinung durch ein öffentliches Schriftstück von ihrem Willen Kenntnis gegeben, sich gemeinsam für die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen in der Welt einzusetzen, um zur wirtschaftlichen Befriedung zu gelangen, die die Voraussetzung für die politische Befriedung sei. Diesen Sinn hätten die Verfasser der Erklärung ihr selbst gegeben. Blum verwies in diesem Zusammenhang auf die Erklärungen Morgenthaus an die amerikanische Presse, auf die ausländischen Pressestimmen und insbesondere auf den Eindruck, den die Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung in Genf gemacht habe. Er glaube, so wiederholte Blum, daß das ein beachtenswertes politisches Ereignis darstelle. Das Vorgehen der drei Großmächte werde von diesen nicht als ausschließlich betrachtet, denn sie hofften, daß alle Völker sich ihm anschließen würden.

Es treffe nicht zu, daß die Währungsangleichung Frankreich von England und Amerika aufgezwungen worden sei. Die ersten Besprechungen zwischen den drei Mächten lägen sehr weit zurück und die erste Fühlungnahme habe im Juni d. J. stattgefunden. Von Anfang bis Ende seien die Verhandlungen in freundschaftlichstem Geist geführt worden.

Blum ging dann auf die Währungsreform als solche ein. Die Schwierigkeit der Aufgabe liege darin, zwei, wenn nicht gegensätzliche, so doch verschiedene Ziele in Einklang zu bringen. Man dürfe die technische Auswirkung einer Währungsangleichung, in erster Linie also die Kapitalrückkehr nach Frankreich nicht hindern. Andererseits aber sei der Wunsch selbstverständlich, gewisse Folgen der Devisenflucht zu entziehen. Außerdem habe man die Preisfrage nicht aus den Augen verlieren können. Er — Blum — sei überzeugt, daß durch die Währungsangleichung die Herstellungskosten verringert werden könnten, und daß durch die Kapitalflüssigkeit eine Senkung des Zinsfußes möglich sein werde. Er sehe keinen Grund dafür, daß die Währungsmaßnahme der Regierung das Anziehen der Einzelpreise zur Folge haben müßte. Selbstverständlich wolle er nichts voraussagen, aber man müsse doch bedenken, daß die englische Währungsmaßnahme in einer Zeit des Tiefstandes der Weltmarktpreise durchgeführt worden sei, während die französische Maßnahme in die Zeit hochgegener Weltmarktpreise falle. Trotz alles berechtigten Optimismus' in dieser Richtung bezeichnete der Ministerpräsident gewisse vorbeugende Schutzmaßnahmen zugunsten des Verbrauchers als zweckmäßig.

Zum Schluß wiederholte Léon Blum, daß es sich nicht um eine Verlegenheitsmaßnahme handele, sondern um das Element einer Politik, die vor allem auf internationale Verständigung und Befriedung abziele.

Keine Kompensationsgeschäfte in Paris.

Paris, 26. September. Der Handelsminister hat die Kompensationsämter aufgefordert, ihre Tätigkeit solange auszusetzen, bis die von der Regierung geplanten Währungsmaßnahmen in Kraft gesetzt sein werden, weil infolge der Schließung der Börse inzwischen eine Feststellung der Umrechnungskurse unmöglich sei.

In Wirtschaftskreisen ist im Zusammenhang mit den Währungsplänen der Regierung das Gerücht aufgetaucht, daß eine große Anzahl von Kündigungen fortfallen werde. Von gut unterrichteter Seite wird hierzu erklärt, daß dieses Gerücht unbegründet sei.

Der Schweizer Franken um 30 v. H. abgewertet.

Bern, 27. September. Der Bundesrat genehmigte am Sonntag abend zwei Bundesratsbeschlüsse über Währungsmaßnahmen und über außerordentliche Maßnahmen betreffend die Kosten der Lebenshaltung. Die wesentliche Bestimmung des ersten Beschlusses betreffend Währungsmaßnahmen lautet:

„Die Schweizerische Nationalbank ist angewiesen, den Goldwert des Franken zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten. Dies entspricht einer Abwertung des Franken im Mittel von 30 v. H."

In Anwendung des zweiten Beschlusses über außerordentliche Maßnahme betreffend die Kosten der Lebenshaltung hat das Volkswirtschaftsdepartement am Sonntag eine Verordnung erlassen, deren Hauptbestimmung besagt:

„Vom 28. September 1936 an ist es untersagt, die Groß- und Detailpreise jeder Art von Waren, die Tarife der Hotels, die Tarife für Gas und Elektrizität, die Tarife für Honorare sowie die Miets- und Pachtzinsen ohne Genehmigung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements oder der von ihm bezeichneten Organe zu erhöhen."

Die schweizerische Oeffentlichkeit und auch die Presse nehmen die Bundesratsbeschlüsse mit Ruhe auf. Die Hauptorganisation der Arbeiterschaft, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, erklärt die Abwertung als eine unumgängliche Maßnahme und als Ausgangspunkt für eine Wirtschaftspolitik.

Der tschechoslowakische Generalstabschef in Paris.

Paris, 26. September. Der Generalstabschef des tschechoslowakischen Heeres ist am Sonnabend in Paris eingetroffen. Generalstabschef Gamelin begrüßte ihn bei seiner Ankunft.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopf, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.